

Herr Dr. Büsse machte einleitend den Vorschlag, die Thematik des Antrages in das Paket des Fragenkataloges aufzunehmen.

Herr Günther trug vor, dass der Antrag seit Monaten von einer Sitzung zur anderen verwiesen werde. Er habe nicht die Hoffnung, dass sich dazu noch etwas bewege, wenn die Angelegenheit, wie von Herrn Dr. Büsse vorgeschlagen, in das Paket aufgenommen werde. Der Antrag fuße auf vorangegangenen Anfragen der Fraktion, wozu die Verwaltung mitgeteilt habe, dass das Kulturforum ausschließlich Sache des Betreibers und somit von Hurler sei.

Herr Gleß machte auf den Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters in der Ratssitzung aufmerksam, wonach das Thema der Belegung der kulturellen Mitte von Sankt Augustin und somit auch das Bürgerhaus als Klausel Bestandteil im Durchführungsvertrag werden soll um sicherzustellen, dass gemeinsam, auch unter Mitwirkung der Politik, ein Konzept erarbeitet wird. An einer solchen Klausel werde gearbeitet. Seines Wissens hätten auch alle Fraktionen diesem Vorschlag des Bürgermeisters zugestimmt.

Herr Schmitz-Porten erinnerte an eine Sitzung der Lenkungsgruppe, wonach sich alle einig gewesen seien, dass der Vollsortimenter Huma im Zentrum auch Kultur betreiben soll. Dabei sei zum Ausdruck gebracht worden, dass die Stadt in angemessener Weise beteiligt werden soll, auch wenn das Haus im Eigentum des Investors verbleibe. Die Kultur werde gemeinsam mit den Kulturschaffenden, der Stadt und dem Gebäudeeigentümer betrieben. Dies evtl. auch in Form einer Betreibergesellschaft. Er denke, dazu habe man auch die Zusage und erinnerte an die Feststellung, dass es sich hier um einen verlässlichen Investor als Partner handele.

Herr Johannsen legte dar, dass der Investor das gesamte Projekt als ein integrales verstehe. Er bedankte sich für die herzlichen Worte, die auch an ihn persönlich gerichtet worden seien und werde sie gerne weiter geben. Es handele sich bei diesem Projekt in der Tat um eine tolle Teamarbeit, und in dieses Team möchte er die Politik ganz speziell mit einbeziehen. Nur mit dieser Unterstützung sei man so weit gekommen. Alle, die hier mitgearbeitet haben, hätten die Komplexität dieses Vorhabens nicht sehen können. Er schloss sich den Ausführungen von Herrn Gleß an, dass man an einem sehr mutigen Projekt arbeite. Es sei ein Projekt, welches seinesgleichen suche und das nicht nur in der Region, sondern bundesweit und vielleicht gar darüber hinaus. Zurückkommend auf die konkreten Fragen von Herrn Günther und Herrn Schmitz-Porten zum Thema Kulturbaustein, das ihm sehr wichtig und integraler Bestandteil des Gesamtprojektes sei, teilte Herr Johannsen mit, dass man das Projekt gemeinsam mit der Stadt entwickeln und diskutieren wolle, um zu guten Ergebnissen zu kommen. Es seien vom Investor schon Ideen eingebracht worden und sei für gemeinsame Lösungen mit der Stadt offen. Man könne nicht nur, sondern man wolle gemeinsam mit der Stadt handeln.

Frau Feld-Wielpütz stellte fest, dass man sich mit der Sache schon mehrfach beschäftigt habe. Offenbar sei angekommen, dass das alles mit Leben gefüllt und beraten werden müsse. Darum habe der Zentrumsausschuss in seiner Märzsession vergangenen Jahres die Kollegen vom Kulturausschuss damit beauftragt, zu beraten, so es denn etwas zu beraten gebe. Vor dem Hintergrund der Komplexität des Gesamtvorhabens sei der Schritt „Kulturbaustein“ vielleicht ein Schritt zu lang. Man habe die wiederholte Zusage von Herrn Johannsen zum weiteren gemeinsamen Vorgehen, auf die man sich auch verlasse. Sie erinnerte an Aussagen des Bürgermeisters, dass die Stadt vor dem Hintergrund der Haushaltslage überhaupt nicht in der Lage sei, ein Bürgerhaus zu betreiben. Darüber müsse man sich im Klaren sein. Es sei

wünschenswert, dass genau der Prozess, der im Stadtforum im Großen begonnen worden sei, jetzt im Kleinen mit dem Bürgerforum fortgesetzt werde. Es gebe in Sankt Augustin eine hervorragende Kulturlandschaft, wozu sie die Vereine in den einzelnen Ortsteilen anführte. Zum jetzigen Zeitpunkt schon zu sagen, wir wollen eine Betreibergesellschaft, halte sie für falsch, da wir noch nicht wissen, wie dies mit Leben gefüllt werden soll. Es wäre das Allerschlimmste, wenn das Bürgerforum letztendlich keine Akzeptanz finden würde. Deswegen müsste hierzu diskutiert und ein gemeinsamer Weg gefunden werden.

Herr Züll trug vor, dass es wohl unstrittig sei, dass die erste Idee für ein Bürgerforum vom Investor kam und dieses von allen gewollt werde. Er verwies auf anstehende personelle Veränderungen in der Verwaltung im Kulturbereich, wozu überlegt werden müsse, wer diesen Part in Zukunft übernehmen werde. Das Ganze hänge sehr von Personen ab, die entsprechende Ideen einbringen würden. Daher sein Vorschlag, dass im Durchführungsvertrag eine Formulierung gefunden werde, in der das, was wir alle wollen, bekräftigt wird. Bis zum Zeitpunkt der baulichen Vervollendung werden sich dann sicher noch Personen finden, die sich mit den inhaltlichen Dingen befassen können.

Herr Köhler legte dar, dass alles Vertrauen, das man in die beteiligten Akteure hat auch dann haben sollte, wenn irgendwelche Akteure ausscheiden. Dabei spiele keine Rolle ob auf Seiten der Politik, der Verwaltung oder von Hurler. Vertrauen habe sehr viel mit Personen zu tun. Insofern habe er großes Verständnis für das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die entscheidende Frage sei, ob man im Durchführungsvertrag eine Formulierung findet, die auch justiziabel ist.

Frau Feld-Wielpütz stellte fest, dass es für ihre Fraktion ausgesprochen wichtig sei, dass eine entsprechende Vereinbarung im Durchführungsvertrag aufgenommen wird. Das könne dann inhaltlich in den nächsten Wochen bis zur Sondersitzung nochmals aufgegriffen und diskutiert werden. Damit käme man auch dem Ansinnen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegen und es gebe eine Sicherheit, dass dem Rechnung getragen wird.

Herr Günther trug vor, dass er mit der diskutierten Vorgehensweise mit der Aufnahme entsprechender Formulierungen im Durchführungsvertrag und eines sich daraus entwickelnden Verfahrens der Einbeziehung aller Beteiligten (Kulturszene, Brauchtum etc.) einverstanden sei. Genau das sei immer das Anliegen seiner Fraktion gewesen. Man sei nur etwas irritiert gewesen über die bisherigen Aussagen der Verwaltung dazu, die das auszuschließen schienen. Unter dieser Voraussetzung könne der Antrag zurückgezogen werden.